

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Manuel Westphal

Abg. Florian Streibl

Abg. Dr. Sepp Dürr

Abg. Georg Rosenthal

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Feiertagsgesetzes

**Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag in Bayern
anlässlich der 100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaates**

Bayern am 8. November 1918 (Drs. 17/20325)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit beträgt die Redezeit für die SPD-Fraktion elf Minuten. Ich eröffne die Aussprache, möchte aber gleich darauf hinweisen, dass die Uhr im Moment hängt. Das Landtagsamt stoppt deshalb die Redezeit mit. – Als Erstem erteile ich dem Kollegen Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! 2018 feiern wir ein großes Jubiläum, auf das wir alle stolz sind, unabhängig davon, wo wir uns weltanschaulich verorten. Wir feiern 100 Jahre Freistaat Bayern. Der 8. November 1918 legte mit der Ausrufung des Freistaates den Grundstein für die Entwicklung Bayerns hin zu einer demokratischen, offenen und modernen Gesellschaft. Das ist ein stolzes Jubiläum. Wir, die SPD-Fraktion, schlagen deshalb vor, dass Bayern den 8. November 2018 als Tag des 100. Geburtstags unserer Demokratie als gesetzlichen Feiertag festlegt.

(Beifall bei der SPD)

Ein gesetzlicher Feiertag wird diese überragende historische Wegmarke im öffentlichen Bewusstsein stärker verankern, als es jeder noch so würdige Staatsakt zu erreichen vermag. Wir wollen, dass alle 13 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Bayern an den Demokratiefestlichkeiten aktiv teilhaben können, und nicht nur einige wenige Hundert Gäste im Münchner Nationaltheater auf Einladung des Bayerischen Ministerpräsidenten. Ein gesetzlicher Feiertag ist hierzu der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD)

Bayern first – mit Blick auf die bayerische Demokratie stimmt das. Erstmals entstand am 7./8. November 1918 auf deutschem Boden eine demokratische Republik, und das ohne blutige Gewaltanwendung. Der unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner war knapp 30 Stunden vor Philipp Scheidemann derjenige, der eine Demokratie auf deutschem Boden ausgerufen hat. Philipp Scheidemann war am 9. November 1918 vor dem Deutschen Reichstag knapp 30 Stunden später dran. Die Monarchie wurde nach 738 Jahren in Bayern abgeschafft. Das Prinzip der Volkssouveränität bahnte sich den Weg. Zuvor ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen wie Arbeiter und Frauen konnten über allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlen an der Willensbildung teilhaben. Der repräsentative Parlamentarismus fand ebenso wie die Proklamation der Menschenrechte in der Ausrufung des Freistaates Bayern an diesem Tag eine entscheidende historische Wegmarke.

(Beifall bei der SPD)

Kurt Eisner verstand sich als Anwalt für die föderale Eigenständigkeit Bayerns. Er erhob für unser Land einen europäischen Anspruch als Bollwerk gegen den preußischen Militarismus und für die Aussöhnung mit den Kriegsgegnern. Viele Segnungen gab es in der Amtszeit Kurt Eisners. In den folgenden Monaten wurde der Achtstundentag eingeführt, die Arbeitslosenversicherung wurde eingeführt. Wenige Tage nach der Ausrufung des Freistaates gab es zum ersten Mal auf bayerischem Boden ein Wohlfahrtsministerium, heute würde man Sozialministerium sagen. Der Schriftsteller Heinrich Mann bewertete diese Zeit mit den Worten: Die 100 Tage der Regierung Eisners haben mehr Ideen, mehr Freuden der Vernunft, mehr Belebung der Geister gebracht als die 50 Jahre zuvor.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass die bayerische und die deutsche Demokratiegeschichte keine historische Zielgerade waren. Ganz im Gegenteil, es gab Brüche. In der Zeit ab 1933 wurde

die Demokratie ins barbarische Gegenteil, in den nationalsozialistischen Totalitarismus umgedreht. Wer den 8. November 1918 in Erinnerung ruft, muss zugleich auch den 9. November 1923, den Tag des Hitler-Putsches und des Marsches auf die Münchner Feldherrnhalle, als totalitären Antipoden zum 8. November 1918 in Erinnerung rufen. Er muss auch an den 9. November 1938 erinnern, den Tag der Reichspogromnacht oder der Reichskristallnacht, die die Ideen der Eisner-Zeit ins barbarische Gegenteil, in Totalitarismus und in Menschenvernichtung umdrehte. Wenn man so will, muss man auch an den 9. November 1989 denken, an den Tag, an dem wir Deutsche uns mit unserer Demokratie wieder ein Stück weit versöhnten.

Wir, die sozialdemokratische Fraktion, beantragen diesen gesetzlichen Feiertag nicht um unser selbst willen, nicht deshalb, weil wir sozialdemokratische Nabelschau betreiben wollen, auch wenn es gerade Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren, die an den entscheidenden historischen Wegmarken der bayerischen Demokratie besondere Leistungen erbracht haben. Sie haben den Freistaat ausgerufen. Sie haben unsere Demokratie verteidigt, als am 29. April 1933 16 Abgeordnete der SPD heldenhaft gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz hier im Bayerischen Landtag gestimmt haben,

(Beifall bei der SPD)

während Konservative, Liberale und auch die Bauernpartei mit Hitler an diesem Tag gemeinsame Sache machten. Wir erinnern uns an Wilhelm Hoegner, den Vater der Bayerischen Verfassung, der nach zwölfjährigem Exil in der Schweiz am 6. Juni 1945 in einem amerikanischen Jeep an der Seite einer US-Majorin in seine Heimatstadt München unter Tränen, wie er in seinen Erinnerungen schrieb, wieder zurückkehrte. In seinem Säckel hatte er einen Apfel, ein Scherzbrötchen und 23 voll ausformulierte Gesetzentwürfe für den Bayerischen Landtag, darunter die Bayerische Verfassung, ausformuliert in 160 Artikeln, in Gabelsberger-Stenografie niedergeschrieben. Hoegner hatte sich als Stenograf in der Schweiz regelrecht durchgeschlagen.

Es geht uns nicht darum, sozialdemokratische Geschichtsschau zu halten, auch wenn wir in besonderer Weise stolz auf diese historischen Wegmarken sind. Es geht um viel mehr. Es geht um die Identität des Freistaates Bayern, die nicht durch eine wie auch immer geartete Leitkultur geprägt ist, sondern durch ein hoffentlich gemeinsames republikanisches Bewusstsein, unabhängig davon, wie unsere religiösen Prägungen und unsere unterschiedlichen weltanschaulichen Ansichten sind, unabhängig davon, ob wir als Sozialdemokraten, Christsoziale, Freie Wähler oder Bündnisgrüne für unsere Demokratie eintreten.

Die meisten Staaten dieser Welt feiern einen Nationalfeiertag. In der UNO sind 150 Republiken organisiert, die ihren Jahrestag der Unabhängigkeit, der Wiedervereinigung oder der nationalen Revolution feiern. Es handelt sich immer um bedeutende Daten für die eigene Identität, an denen entscheidende Weichen für die weitere Entwicklung des Staates gestellt wurden. Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte traten oft zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt ihren Siegeszug in diesen Republiken an.

Der 8. November 1918 hat für den Freistaat Bayern eine Bedeutung, die der des 14. Juli 1789 für Frankreich oder der des 4. Juli 1776 für die USA in nichts nachsteht. Bayern kennt im Besonderen zehn christliche Feiertage sowie den 1. Mai und den deutschen Nationalfeiertag am 3. Oktober, der an die deutsche Wiedervereinigung erinnert. Völlig unzweifelhaft ist, dass unsere christlichen Feiertage sowie der Tag der Arbeit und der Tag der Deutschen Einheit in Bayern identitätsstiftend wirken und daher zu Recht gewürdigt werden. Spezifisch bayerisch sind diese Feiertage jedoch nicht. Nein, sie orientieren sich vielmehr an der Feiertagssystematik auch der anderen Bundesländer.

Bis heute gibt es keinen spezifisch bayerischen Feiertag, der das freistaatlich-demokratische Selbstbewusstsein Bayerns sinnstiftend in den Mittelpunkt stellen würde. Auf meine parlamentarische Anfrage hat die Staatsregierung geantwortet, es sollte doch bitte nur nationale gesetzliche Feiertage geben. Damit bricht ausgerechnet jene

Staatsregierung aus der Tradition aus, die es seit der Hoegner-Regierung 1945/1946 in Bayern gegeben hat; denn seit Kriegsende haben alle Staatsregierungen und alle Bayerischen Landtage der bayerischen Staatlichkeit eine besondere Bedeutung beigemessen und damit eine wichtige Traditionslinie der bayerischen Geschichte fortgeschrieben. Hieraus hat sich ein besonderes bayerisches Selbstbewusstsein entwickelt und bewahrt. Regierung und Parlament waren sich im Kern bis heute in der Frage von Bayerns Staatlichkeit überaus einig. Sie lässt sich in der Betonung des bayerischen Föderalismus erkennen, auch mit eigenen außenpolitischen Ambitionen, selbst wenn die Regierung und die Opposition dabei in den letzten Jahren unterschiedliche Akzente setzten.

Umso erstaunlicher ist es, dass bis heute die Grundsteinlegung für die demokratische Staatswerdung Bayerns regelrecht verschwiegen wird, anstatt sie staatlich selbstbewusst als gemeinschaftsstiftendes Freiheitsfest zu feiern, als Feiertag für uns alle im besten Sinne. Können wir es uns leisten, ausgerechnet mit dem für unser Zusammenleben zentralen Thema Demokratie so geschichtsvergessen zu sein oder uns gar in kleinkarierten, parteipolitisch motivierten Debatten zur geschichtspolitischen Deutungshoheit zu verlieren?

Nein, es ist nicht die Leitkultur, die uns in unserem Land zusammenhält, das sind auch nicht Schweinebraten oder Schäufele. Auch das Freibier macht nicht den Freistaat aus, sondern vielmehr, dass sich Demokraten aus unterschiedlichen weltanschaulichen Richtungen auf Augenhöhe begegnen und dass Bürgerinnen und Bürger des Freistaats in voller Volkssouveränität die Gesicke ihres Landes in den eigenen Händen halten.

(Beifall bei der SPD)

100 Jahre nach der Ausrufung des Freistaats dürfen wir feststellen, dass wir eine institutionell gefestigte Demokratie haben, die beste Staatsordnung, die wir jemals auf bayerischem Boden hatten. Darin sind wir uns wohl alle einig. Dennoch hat es Bayern

seit den Fünfzigerjahren verabsäumt, den Wert von Demokratie nicht nur als institutionellen Abwehrmodus zum Totalitarismus zu betonen, sondern auch als staatspolitischen Wert an sich herauszustellen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden weder die großen Wegmarken der demokratischen Geschichte gebührend gefeiert noch wurde der Geburtsstunde des Freistaats an öffentlichen Orten besonderes Augenmerk geschenkt.

Die Demokratiegeschichte Bayerns spielt in den Lehrplänen an bayerischen Schulen keine angemessene Rolle. Während andere Staaten wie selbstverständlich Straßen und Plätze nach bedeutungsvollen historischen Wegmarken, Heldinnen und Helden benennen, genügt sich Bayern in auffälliger demokratieerinnerungspolitischer Zurückhaltung. Ja, Bayern ist auch heute noch monarchisch geprägt. Die Herzkammer der bayerischen Demokratie tagt in einem Maximilianeum. Die öffentlichen Räume sind geprägt von Leopoldstraßen, Luitpoldgassen und Maximilianstraßen. Wo sind eigentlich, wie beispielsweise in Frankreich, Straßen und Plätze wie die Place de la République, die an den Sturm auf die Bastille, an die Revolution und an die Demokratiewerdung erinnern?

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum Ende. Um dieser Bedeutung für unseren Freistaat Rechnung zu tragen, sollte das Feiertagsgesetz geändert werden. Wir können uns in Bayern ökonomisch einen Freistaats-Feiertag leisten. Die Profite für das demokratisch-seelische Volkseinkommen unseres Gemeinwesens wären höher als die wirtschaftlichen Kosten. So schließe ich, mit der Bitte um Zustimmung, mit den Worten aus Kurt Eisners Freistaatsproklamation: "Jedes Menschenleben soll heilig sein! ... Es lebe die Bayerische Republik!"

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön.– Herr Kollege Westphal ist schon am Rednerpult. Ich erteile Ihnen das Wort.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der SPD soll der 8. November 2018 einmalig zu einem gesetzlichen Feiertag anlässlich der 100. Wiederkehr der Ausrufung des Freistaats Bayern erklärt werden. Bei der Beurteilung, ob dieser Gesetzentwurf zielführend ist, sind einige Punkte herauszuheben: Ich glaube, einiges spricht dafür, sich die Frage zu stellen, ob Einzelfeiertage auf bundesweit bedeutsame Ausnahmen beschränkt bleiben sollten, wie das etwa beim 500. Reformationstag der Fall war. Dies war ein Ereignis, das nicht nur deutschlandweite, sondern europaweite Folgen hatte. Hier gilt es, eine gewisse Abstufung zu wahren.

Außerdem können die Entwicklungen, die sich im Jahr 1918 Bahn gebrochen haben, nicht auf einen einzigen Tag und schon gar nicht auf eine einzige Person reduziert werden. Deshalb war das von der Staatsregierung entwickelte Konzept, ein Jubiläumsjahr anzusetzen, der richtige Weg. Bei diesem Konzept des Jubiläumsjahres wird es eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen geben, sodass sich die Bevölkerung, anders als beim Einzelfeiertag, auf verschiedene Weise einbringen und an diesen Ereignissen teilnehmen kann. Ich bin mir sicher, dass durch diese Art des Jubiläums und der Feierlichkeiten die Ereignisse historisch viel besser dargestellt und eingeordnet werden können, als dies bei einem Einzelfeiertag der Fall wäre.

Zusammenhänge, Zeitlinien und Kausalketten verständlich darzustellen und deutlich zu machen, wird durch die Vielzahl der Veranstaltungen im politischen, im gesellschaftlichen und im schulischen Bereich sicherlich besser gelingen. Ein breiter Ansatz ist besser geeignet als die Konzentration auf einen einzigen Tag, dessen Gewicht durch die zeitliche Nähe zum 9. November eingeschränkt würde. Dadurch entstünde bei der Bevölkerung eine Vermischung. Nicht zuletzt bestünde die Gefahr, dass durch einen solchen Tag die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen könnten. Beim Reformationstag war dies ausgeschlossen worden. Auch dieser Aspekt ist hier zu diskutieren.

Aus diesen Gründen werden wir den Gesetzentwurf ablehnen. Wir werden unsere Position in den Ausschüssen ausführlich darstellen.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das war eine traurige Rede! Das war nicht angemessen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Herr Kollege Streibl. Sie haben das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es hier? – Es geht darum, dass wir 100 Jahre Freistaat Bayern begehen und feiern wollen. Wir wollen uns an die Demokratie in Bayern erinnern. Ob wir hierzu einen einmaligen Feiertag brauchen oder nicht, über diese Frage können wir in den Ausschüssen sprechen.

Kurt Eisner hat den Freistaat am 8. November 1918 ausgerufen. Am 13. November 1918 hat König Ludwig III. die Beamten, Soldaten und Offiziere vom Treueeid entbunden. Am 21. Februar 1919 wurde Kurt Eisner ermordet. Die kurze, junge Republik mündete dann in die Revolution in Bayern.

Am 12. Mai 1919 tagte der frisch gewählte Landtag in Bayern zum ersten Mal in Bamberg. Am 14. August 1919 hat der Landtag eine Verfassung mit 165 Stimmen gegen 3 Stimmen verabschiedet. Vielleicht sollten wir uns überlegen, den Tag zu wählen, an dem sich Bayern als verfasster Freistaat etabliert hat. Über diesen Feiertag könnten wir genauso diskutieren. Diesen müssten wir dann nur ein Jahr später feiern. Ja, es gibt etwas zu feiern. Die Fragen, wann der richtige Zeitpunkt ist, wo der richtige Ort ist und welches Ereignis herausgegriffen wird, sind jedoch noch offen. Insofern besteht viel Raum für Spekulation und zur Diskussion.

Wir können auf unsere demokratische republikanische Geschichte in Bayern zu Recht stolz sein. Sie ist jedoch kein Geschenkartikel der Geschichte. Sie musste blutig erkämpft werden. Außerdem musste Bayern die harten Zeiten des Nationalsozialismus

und des totalitären Systems überstehen. Aus diesem Grund können und müssen wir viel bedenken.

Ich bin skeptisch, ob wir den 8. November als Feiertag brauchen. Das liegt vor allem an der Nähe zum 9. November, der als Schicksalstag der Deutschen gilt. Diese Ereignisse könnten miteinander vermischt werden. Deshalb wäre mir persönlich eine größere Distanz lieber. In den vergangenen 100 Jahren ist der Freistaat Bayern außerdem nicht immer Freistaat Bayern gewesen. Dazwischen gab es auch zwölf dunkle Jahre, die berücksichtigt werden müssen.

Wir können jedoch stolz auf unsere Geschichte in Bayern sein. Es ist eine altherwürdige Geschichte. Das gilt nicht nur für die republikanische Zeit, sondern auch für die Zeiten davor. Letztendlich wurde die bayerische Monarchie aus der Französischen Revolution geboren. Sie wurde im Grunde auf Napoleons Gnaden eingesetzt. Im Gefüge des Heiligen Römischen Reiches hat Bayern schon davor eine gewichtige Rolle gespielt. Die Wurzeln reichen zurück bis ins römische Imperium. Das bedeutet, die bayerische Geschichte reicht weit zurück. Bayern war schon immer ein Land im Herzen Europas, das vielen Einflüssen ausgesetzt war. Für viele Menschen und Generationen war Bayern eine sowohl schenkende als auch empfangende Heimat. Diese Punkte müsste man viel stärker herauskristallisieren. Wir sollten feiern, dass wir ein weltoffenes Land sind. Aufgrund unserer geografischen Situation geht das auch gar nicht anders. Das hat uns alle geprägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern freue ich mich auf die Diskussionen in den Ausschüssen. Demokrit hat gesagt: "Ein Leben ohne Feste ist wie ein langer Weg ohne Einkehr." Schauen wir mal, wo wir dieses oder nächstes Jahr den Einkehrschwung machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zu einem geschenkten Feiertag kann man schlecht Nein sagen. Trotzdem fragt man sich bei unerwarteten Geschenken, wer wem etwas schenken will, warum und auf wessen Kosten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man wird misstrauisch, wenn es ein Missverhältnis gibt. Manchmal erscheint das Geschenk im Hinblick auf den Anlass übertrieben. Das gilt auch für Wahlgeschenke. Die SPD will die abhängig Beschäftigten in Bayern beschenken. Zwar haben wir in Bayern schon sehr viele Feiertage, aber es handelt sich um ein Einmal-Geschenk. Unserer Meinung nach hätten sich das die hart arbeitenden Menschen in Bayern wirklich verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wirtschaft boomt. Die Profite steigen. Es ist nur recht und billig, wenn auch diejenigen etwas davon hätten, die diesen Wohlstand produzieren. Angemessen ist der Anlass des Geschenks also. Der Termin stimmt ebenfalls. An dieser Stelle bin ich anderer Meinung als Herr Kollege Streibl. Das wäre ein Festtag der Demokratie. Wenn man einen Festtag für Luther übrig hat, warum nicht auch für unsere Demokratie? – Das muss man mir erst mal erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war der friedliche Teil. – Allerdings ist es äußerst fragwürdig, dass sich die SPD gleich selber feiern will.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich ausdrücklich verneint!)

– Das hast du ausdrücklich gesagt.

(Widerspruch bei der SPD)

Es ist ziemlich dreist, wenn die SPD behauptet, dass Eisner ein Sozialdemokrat war.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie verkaufen seine politischen Taten wie die Ausrufung des Freistaats und des Frauenwahlrechts in diesem Hause als Ihre eigenen Segnungen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich nicht getan!)

Eisner wollte gerade mit dieser Partei und ihren Kriegskrediten sowie ihrer Kriegspolitik nichts mehr zu tun haben. Er war schon lange in seiner eigenen Partei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ihr auch noch den Besitzanspruch auf den Begriff "Freistaat" und die Revolution selber erhebt, ist das Geschichtsfälschung. Noch am Tag vor der Revolution hat die bayerische SPD in Person von Herrn Auer der königlichen Regierung in die Hand versprochen, die Revolution zu verhindern und Eisner an die Wand zu drücken. Das habt ihr gemacht.

(Widerspruch bei der SPD – Der Redner erhebt seine Stimme)

Während eure Leute schon lange heimgegangen sind, ist Eisner weitermarschiert und hat die Revolution ausgerufen. Was haben die Sozis gefordert? – Ich zitiere: Die Niederschlagung der Erhebung durch die Regierung muss noch in dieser Nacht erfolgen. – Das ist euer Beitrag zur Revolution. Ein halbes Jahr später habt ihr das, was in München los war, selber blutig niedergeschlagen. Wenn ihr schon bei der Revolution keine entscheidende Rolle gespielt habt, dann wenigstens bei der Niederschlagung. Wie habt ihr das gemacht? – Ihr habt die Freikorps geholt. Ihr habt diese brutalen Mörder geschickt. Eure Berliner Regierung, eure Bamberger Regierung hat diese Truppen nach München geschickt und ihnen den Freibrief für den Terror erteilt.

(Widerspruch bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich mit Traditionen schmücken will, muss sich auch mit den weniger schönen Zeiten der Vergangenheit auseinandersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verlange von euch, euch kritisch dazu zu verhalten. Das gilt natürlich auch – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt muss ich doch einschreiten. Herr Dr. Dürr, wir sind nicht schwerhörig. Sie können ganz normal reden.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Du stehst aber nicht da, wo ich stehe. Du hörst nicht das, was die da plärren.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nein, das hören wir alle gut. Wir sollten eine Vorbildfunktion einnehmen. Oben sitzen lauter Schülerinnen und Schüler, die später einmal ins Parlament sollen.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Dann können sie gleich lernen, wie das Streiten hier geht.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ein Gruß an euch da oben: So geht es nicht immer zu!

(Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das gilt auch für die Staatsregierung. Jede CSU-Regierung in diesem Haus hat Eisner als Inbegriff des Bösen hingestellt. Immer wieder hat sie abgestritten – ich zitiere –, dass er sich um die jetzige Staats- und Rechtsform verdient gemacht habe. Das haben Sie ihm aberkannt. Jetzt behaupten Sie auf einmal unvermittelt und ohne jede Erklärung das Gegenteil. Ich bin gespannt, was von dieser Regierung in diesem Wahljahr noch alles gewendet wird. Rasche Kehrtwenden können einen schon ins Stolpern bringen. Mancher kann einen Slapstick hinlegen, wie bei-

spielsweise das Haus der Bayerischen Geschichte. Dieses inszeniert die Erinnerung an die Gründung des Freistaats, also die Abschaffung des Königtums, ausgerechnet als Königstraum. Darauf muss man erst mal kommen. Der König ist weg, und Sie sagen: Es lebe der König! Kurt Eisner hat das nicht verdient. Er war ein bayerischer Held. Die Staatszeitung hat recht. Er wusste damals schon, wie sich eine Demokratie entwickeln muss. Eisner hat die Republik ausgerufen. Ohne Eisner gäbe es sie nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist kein Eisner-Feiertag, sondern ein Demokratie-Feiertag!)

60.000 Sozis unter Führung von Auer sind heimgegangen. Eisner ist in die Kasernen gegangen und hat die Leute geholt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben 40 Sekunden überzogen. – Jetzt hat sich Herr Kollege Rosenthal zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Damit haben Sie zwei Minuten Redezeit gewonnen. Schnaufen Sie erst mal durch. Jetzt kommt Herr Rosenthal, bitte schön.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Georg Rosenthal (SPD): Sie haben leider das Wort nicht mehr und müssen das Schreien einstellen. Und das ist eigentlich auch ganz angenehm, glaube ich.

(Beifall bei der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Plärren tut doch ihr!)

Es gibt den Spruch: Wer schreit, hat unrecht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der ist aber falsch!)

– Der trifft voll zu. – Ich weiß nicht, welchen Geschichtsunterricht Sie wann wo genossen haben. Aber mit dem D-Zug, mit dem Sie hier soeben Geschichtsklitterung betrieben haben, werden Sie dieser Zeit nicht einmal im Ansatz gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Sie können meinem Kollegen, unserem Fraktionsvorsitzenden, nicht zugehört haben; denn er hat diese Zeit eigentlich sehr differenziert beschrieben und dabei durchaus sehr deutlich gemacht, in welcher Zeit Eisner was gefordert hat. Die Auseinandersetzung um Kriegskredite wie die Auseinandersetzung, die zur Spaltung der Partei geführt hat, und auch den Prozess, der zur Wiedervereinigung geführt hat, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weitaus besser aufgearbeitet, als Sie es gerade eben in einer grobschlächtigen Art und Weise versucht haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich für die Art und Weise hier entschuldigen. Ich habe mit Ihnen nicht in der Gosse geknickert und möchte mich von Ihnen hier nicht duzen lassen – schon gar nicht möchte ich hier mit "ihr" und "du" angeredet werden. Entschuldigung – dazwischen liegen Jahrzehnte Geschichte. Vielleicht könnten Sie sich dem Hohen Haus und der Diskussion hier anpassen, damit wir in diesem Plenarsaal in würdiger Weise über diese Zeit miteinander diskutieren könnten. Dafür wäre ich dankbar. Das erfordert eigentlich der Anstand, den Sie in Ihren nächsten Worten bringen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Also, wenn du den Unterschied zwischen "ihr" und "du" nicht kennst, tust mir leid. Ich kann ihn dir gern einmal beibringen.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Was ich gesagt hab, hast du nicht widerlegt. Ja! Ich möchte wissen, was ich falsch gesagt habe: Auer hat dem Innenminister in die Hand versprochen, Eisner werde an die Wand gedrückt – ja? –, und er hat den Innenminister aufgefordert, die Revolution sofort niederzuschlagen, ja. Das hat Auer gemacht. Es ist doch kein Wunder, dass nach

dem Attentat auf Eisner ausgerechnet auch auf Auer geschossen wurde. Das ist doch kein Zufall. Schaut's doch selber mal in den Büchern nach. Ich hab nachgeschaut.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ha? – Weilst nicht lesen kannst! Du kannst scheinbar nicht lesen. Ich hab's g'lesen. Eisner war ein großer Demokrat; er wollte neben dem Parlament die Räte als Schule der Demokratie. Er wollte den Volksentscheid als Vollendung des demokratischen Gedankens. Er war überzeugt davon – und das ist etwas, was für uns heute wichtig ist –, dass die Schäden der Demokratie nur durch mehr Demokratie überwunden werden können. Er würde uns heute gut zu Gesicht stehen, und deswegen war die Ausrufung des Freistaats eine Sternstunde unserer Demokratie, die wir mit Recht feiern können.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir können das auch mit den Sozis feiern, aber ihr müsst einfach zur Kenntnis nehmen: Die Revolution war nicht euer Werk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: So. Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen. – Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit. –